

keinen neuen Vorschlag. Er bittet um die Ermächtigung, daß der Vorsitzende in Verbindung mit dem geschäftsführenden Vorstand diese Frage regeln kann.

Adenauer erklärt, man könne nicht so tun, als ob die Verhältnisse in der Bundesgeschäftsstelle in Unordnung seien, eine solche Behandlung sei für Lubbers kläglich, ebenso für Dr. Holzappel und Bach. Man müsse feststellen, daß die Verhältnisse in Ordnung seien.

Hilpert schlägt vor, der Vorstand müsse sich im Februar ganztägig mit der Frage Bundesgeschäftsführer beschäftigen.

Gröwel bittet, in die Landesverbände Frauenreferate einzufügen.

Adenauer erklärt, die Frage des Bundesgeschäftsführers könne nicht nur mit dem geschäftsführenden Vorstand geklärt werden, darüber müsse der gesamte Vorstand der Partei entscheiden.

Der Vorstand entschied, in der nächsten Sitzung die Frage zu behandeln.

Zum Abschluß teilt *Strickrodt* die Verhältnisse in der NEI mit. Wegen des Beginns der Parteiausschußsitzung kann die Frage nicht mehr behandelt werden.

Schluß der Sitzung kurz nach 10 Uhr.

11

Bonn, 29. Februar 1952

Bericht Adenauers über seine Reise nach London. Finanzielle Aufwendungen zum Wehrbeitrag. Wiedergutmachung. CDU-Bundesgeschäftsführer.

Beginn: 10.15 Uhr

Ende: 13.00 Uhr

Lenz-Tagebuch

Adenauer gedenkt zunächst des plötzlich verstorbenen Abgeordneten Schröter¹. Er gibt dann einen Überblick über London² und führt aus, wie schwierig die Lage

1 Schröter war am 25. Februar 1952 verstorben. Vgl. Nr. 1 Anm. 34.

2 Adenauer war am 14. Februar zur Beisetzung König Georgs VI. von Großbritannien nach London geflogen. Vom 17.–19. Februar fanden dort Besprechungen der Außenminister Frankreichs und Englands mit dem amerikanischen Staatssekretär Dean Acheson über Fragen der Deutschlandpolitik und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft statt, zu denen auch Adenauer zugezogen wurde (vgl. AdG 1952 S. 3352–3354; ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 524–527).

vor London gewesen wäre. Er teilt mit, daß das Kabinett Faure³, dessen Schwäche sich ja schon während London gezeigt habe, diese Nacht zurückgetreten wäre. Er führt aus, daß eine Gruppe von Sozialisten in Frankreich sich gegen die Verteidigungsgemeinschaft ausgesprochen habe.⁴ Auch die deutsche SPD sei auf dem Wege, eine Schwenkung nach Osten zu vollziehen.

Er spricht dann über die finanziellen Leistungen für den Wehrbeitrag. Schäffer verlange dafür allerdings 40 % der Einkommensteuer. Hierüber sei gestern mit den Ländern verhandelt worden.⁵

Er spricht dann über die Wiedergutmachungsfragen gegenüber den Juden und über die Schuldenverhandlungen.⁶

Er gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die SPD völlig totalitär regieren werde. Sie drohe ja jetzt schon offen damit, auf die Straße zu gehen. Er kommt auf die Korruptionsfälle (!) gegen führende SPD-Leute zu sprechen.⁷

Es kommt dann zur Diskussion über die Frage des Geschäftsführers.

Bach spricht für die Vereinigung des Amtes des Schatzmeisters mit dem des Geschäftsführers.

Tillmanns tritt ihm entgegen. Er verlangt einen hauptamtlichen Geschäftsführer. Er schlägt Herrn Regierungsrat Heck⁸ vor.

Adenauer hält dies nicht für einen geeigneten Vorschlag.

*Die Niederschrift Strickrodts*⁹ nennt als weitere Sprecher anschließend *Lubbers*, von *Brentano*, *Lensing*, *Gurk*, *Bach*, *Adenauer* und *Tillmanns*, die sich zur Frage der organisatorischen und politischen Leitung der Bundesgeschäftsstelle äußern. Die Überlieferung endet mit dem Beschluß: Heck in Aussicht genommen, jedoch erst Probezeit.

3 Edgar Faure (geb. 1908), Mitglied der radikalen Partei, stand seit dem 20. Januar 1952 einer Koalitionsregierung von Sozialisten, Radikalen, Unabhängigen Radikalen, Unabhängigen aus Übersee, des MRP sowie der „action paysanne“ vor (AdG 1952 S. 3304); seine Regierung stürzte über die Frage einer Steuererhöhung (EBD. S. 3366f.).

4 Bei der Debatte über die EVG am 16. Februar hatte Ministerpräsident Faure die Abstimmung über die Tagesordnung zum Plevén-Plan mit der Vertrauensfrage verknüpft. 20 von 106 Sozialisten hatten gegen die Regierung gestimmt (AdG 1952 S. 3351f.).

5 Am 28. Februar hatten Verhandlungen zwischen Adenauer, Schäffer und den Ministerpräsidenten und Länderfinanzministern stattgefunden (vgl. FAZ vom 29. Februar 1952: „Wenig Aussicht für Schäffers Forderungen“).

6 Vgl. Nr. 4 Anm. 16, Nr. 13 Anm. 26, Nr. 19 Anm. 3.

7 Möglicherweise Anspielung auf Diebstahl von Dokumenten aus dem Bundeskanzleramt, die den SPD-Abgeordneten Kurt Schumacher und Adolf Arndt zugeleitet worden waren. Der Bundestagsausschuß für Immunität lehnte es ab, die Immunität der beiden Abgeordneten aufzuheben, gegen die ein Strafverfahren wegen Hehlerei eingeleitet werden sollte (vgl. AdG 1952 S. 3306).

8 Dr. Bruno Heck (geb. 1917), 1950–1952 Regierungsrat im Kultusministerium Württemberg-Hohenzollern, 1952–1958 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1957–1976 MdB, 1962–1968 Bundesminister für Familie und Jugend, 1967–1971 Generalsekretär der CDU, seit 1968 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

9 ACDP I-085-051; vgl. S. XXV.